GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

Nummer 2
2009
ISSN 1862-359X

ASIEN

Demokratischer Wandel in Südasien und die Rolle der Regionalmacht Indien

Sandra Destradi

Das Jahr 2008 brachte tief greifende Veränderungen in der politischen Landschaft Südasiens mit sich: In Nepal fanden freie Wahlen statt und die seit 238 Jahren bestehende Monarchie wurde abgeschafft; auf den Malediven wurde der seit drei Jahrzehnten autokratisch regierende Präsident abgewählt; nach der Einführung demokratischer Reformen wurde Bhutan zur konstitutionellen Monarchie; Pakistan kehrte zu einer zivilen Regierung zurück; und Ende des Jahres fanden in Bangladesch freie Wahlen statt.

Analyse:

Die Einflussnahme der Regionalmacht Indien auf den demokratischen Wandel in den Nachbarstaaten fällt jeweils unterschiedlich aus: Indien spielte eine zentrale, wenn auch ambivalente Rolle im Friedens- und Demokratisierungsprozess in Nepal, da mit diesem Land traditionell enge Beziehungen bestehen; in Bhutan und auf den Malediven war Indiens Einfluss auf den demokratischen Reformprozess eher indirekt, während in den Fällen Pakistan und Bangladesch die angespannten Beziehungen eine Einflussnahme unmöglich machten.

- Indiens vorrangiges regionalpolitisches Ziel lautet Stabilität. Obwohl das indische Establishment ideell Stabilität mit Demokratie verbindet, hat Indien oft autoritäre Regime aufgrund ihrer Stabilität unterstützt.
- Indien verfolgt keine aktive Politik der Demokratieförderung. Gründe dafür sind Neu-Delhis begrenzte Einflussmöglichkeiten auf einige Nachbarstaaten, die indische Ablehnung des durch die Politik der Regierung Bush belasteten Begriffes „Demokratieförderung“ und Indiens Wunsch, sein Image als „regionaler Tyrann“ zu verbessern.
- Aufgrund der eingeschränkten Einflussmöglichkeiten auf die Nachbarstaaten gilt Indien zwar als Regionalmacht, aber kaum als regionale Führungsmacht. Indien ist auch nicht in der Lage, die eigenen Ordnungsvorstellungen in der Region durchzusetzen.

Schlagwörter: *Indien, Südasien, Demokratie, Regionalmacht*

open access

1. Indien als Regionalmacht in Südasien

In wohl keiner anderen Region der Welt ist ein einziger Staat unter verschiedenen Gesichtspunkten – man denke an die Oberfläche, die Bevölkerungszahl, die wirtschaftliche Macht – so eindeutig dominierend wie Indien in der Region Südasien. Aufgrund dieser einzigartigen Stellung kann man Indien als Regionalmacht betrachten.[1]

Indiens primäres außenpolitisches Ziel für die Region Südasien lautet Stabilität, um sich verstärkt auf sein wirtschaftliches Wachstum und den Aufstieg zur Weltmacht konzentrieren zu können. Einerseits verbindet die indische Elite ideell Stabilität mit der Schaffung demokratischer Systeme. Aus diesem Grunde, sowie aufgrund der soliden demokratischen Tradition Indiens, wurden die Prozesse der Demokratisierung, die 2008 in vielen Nachbarstaaten Indiens stattgefunden haben, von Neu-Delhi willkommen geheißen. Andererseits hat sich Indiens rhetorische Unterstützung demokratischer Bestrebungen nur begrenzt darin niedergeschlagen, demokratischen Wandel in den Nachbarstaaten konkret zu fördern. Wie von Wagner (2008a: 9) betont, hat „Indien [...] kein Interesse daran [...], seine politischen Ordnungsvorstellungen zu exportieren". Dies liegt zum einen daran, dass oftmals nichtdemokratische Systeme in den Nachbarstaaten geeigneter schienen, der Wahrung indischer Interessen – insbesondere der regionalen Stabilität – zu dienen. Zum anderen scheut Indien sich davor, Demokratieförderung im Sinne von „Demokratie-Export" in den Nachbarstaaten zu betreiben, da seit den US-amerikanischen Interventionen in Afghanistan und im Irak diese Begriffe in der Region negativ belastet sind. Hinzu kommt, dass der indischen Elite durchaus bewusst ist, dass jeglicher Versuch, sich in die Angelegenheiten der Nachbarländer einzumischen, zu der üblichen Verurteilung Indiens als „regionaler Tyrann" führen würde – einem Image, von dem sich Neu-Delhi seit den 1990er Jahren zu distanzieren versucht.

1 Siehe die Aufstellung verschiedener Machtindikatoren für Indien und andere Regionalmächte (Brasilien, China, Iran, Israel, Südafrika, Venezuela) auf der Website des Regional Powers Network am GIGA, www.giga-hamburg.de/english/index.php?file=power_indicators.html&folder=rpn/research [Zugriff am 15.01.2009].

2. 2008: Demokratischer Wandel in Südasien

Das Jahr 2008 war in vielerlei Hinsicht ein Jahr des Wandels in Südasien. In einer ganzen Reihe südasiatischer Staaten kam es zu politischen Veränderungen, die teilweise historische Dimension haben. In den folgenden Abschnitten werden die neuesten politischen Entwicklungen in den Nachbarstaaten Indiens skizziert und dabei werden der Einfluss oder die Reaktionen Neu-Delhis besonders berücksichtigt.

Nepal

Der Fall Nepal ist von herausragendem Interesse, da es hier 2008 mit der Abschaffung der Monarchie und dem Wahlsieg der *Communist Party of Nepal (Maoist)* (CPN-M) zu einem außerordentlich radikalen Wandel kam (vgl. Stachoske 2008). Indien spielte bei den politischen Entwicklungen in Nepal in den vergangenen drei Jahren eine bedeutsame, allerdings auch sehr ambivalente Rolle. Die Beziehungen zwischen Indien und Nepal gelten seit jeher als „besonders": Zwischen den beiden Ländern besteht eine offene Grenze mit fast vollkommen freiem Waren- und Personenverkehr, nepalesische Bürger gelten in Indien nicht nur auf dem Arbeitsmarkt als gleichberechtigt, sondern haben auch Zugang zum indischen Bildungssystem und sogar, wenn auch auf bestimmte Quoten begrenzt, zum indischen öffentlichen Dienst und zu den indischen Sicherheitskräften. Hinzu kommt, dass zwischen der indischen und der nepalesischen politischen Elite seit der Zeit des indischen Unabhängigkeitskampfes gegen die Briten enge Beziehungen bestehen.

Auch nachdem sich der bei der nepalesischen Bevölkerung zunehmend unbeliebte König Gyanendra am 1. Februar 2005 an die Macht geputscht hatte, hielt Indien lange Zeit an seinem traditionellen „Zwei-Säulen-Ansatz" als Wunschvorstellung für Nepal fest: an einer konstitutionellen Monarchie und Mehrparteiendemokratie. Und obwohl die indische Regierung offiziell die Wiederherstellung der Demokratie forderte und dazu im Jahr 2005 auch mehrfach auf den König Druck ausübte (vgl. Muni 2008b: 171), unterstützte sie weiterhin die *Royal Nepal Army* (RNA) im seit 1996 währenden Kampf gegen die Maoisten. Die Institution der Monarchie galt als Element der Stabilität im vom Bürgerkrieg erschütterten Nepal.

Gleichzeitig führte die unbeugsame Haltung des Königs Indien dazu, die Annäherungsversuche zwischen den Maoisten und der von den wichtigsten demokratischen Parteien gebildete *Seven Party Alliance* (SPA) zu unterstützen. Ein Zwölf-Punkte-Abkommen zur Wiedereinführung der Demokratie wurde zwischen SPA und Maoisten im November 2005 in Neu-Delhi unterzeichnet. Indiens Rolle bestand dabei nach eigener Darstellung im Wesentlichen darin, beiden Seiten einen neutralen Ort für die Verhandlungen bereitzustellen. Aus nepalesischer Sicht hat Indien jedoch darüber hinaus während der Verhandlungen Mikromanagement betrieben. Die Geheimdienste ermöglichten den in Indien als Terroristen verfolgten maoistischen Führern die Ein- und Ausreise. Die lange Zeit ambivalente Haltung Indiens ist u. a. auf die mangelnde Koordination und die Verfolgung unterschiedlicher Partikularinteressen in der indischen Regierung zurückzuführen: Während das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten immer klarer erkannte, dass die Maoisten in den politischen Prozess in Nepal eingebunden werden mussten, hielten das Verteidigungsministerium, aufgrund seiner engen Verbindungen zur königstreuen *Nepal Army*, und konservative Elemente der indischen politischen Elite am Erhalt der Monarchie fest. So unterstützte die Regierung in Neu-Delhi den König auch noch, nachdem in Nepal der Volksaufstand *Jana Andolan II*, der bis dahin ungekannte Dimensionen annahm, ausgebrochen war. Am 21. April 2006 wurde Karan Singh als Sonderbeauftragter des Premierministers zu König Gyanendra geschickt. Damit machte Indien allerdings einen weiteren Fehler: Karan Singh ist der Sohn des letzten Maharadschas von Kaschmir und durch seine Frau mit dem nepalesischen Adel verwandt. Er verkörperte also für das Volk auf der Straße ausgerechnet das feudale System, das man abschaffen wollte. Als die Proteste weiterhin zunahmen und drohten vollständig außer Kontrolle zu geraten, kam es zu einem bedeutsamen Wandel in der indischen Nepalpolitik: Auf einer Pressekonferenz am 22. April 2006 erklärte Außenamtsstaatssekretär Shyam Saran das Ende der Zwei-Säulen-Politik und Indiens Bereitschaft, die Entscheidungen des nepalesischen Volkes zur zukünftigen Ordnung des Landes zu akzeptieren. Es waren demnach vor allem die Untragbarkeit der Lage in Nepal und das Risiko, im Nachbarstaat Chaos und Anarchie ausbrechen zu sehen, die Indien dazu führten, seine seit Jahren verfolgte Politik zu ändern. Am 24. April 2006 gab König Gyanendra alle Macht ab und setzte das 2002 aufgelöste Parlament wieder in Kraft. Im anschließenden Friedensprozess spielte Indien ebenfalls eine wichtige Rolle, musste aber die Einmischung externer Akteure in einem Land dulden, das traditionell als seine Einflusssphäre gilt. So sprach sich Indien gegen eine von den Maoisten erwünschte Vermittlung der UN im Konflikt in Nepal aus, musste allerdings später einwilligen, als es darum ging, die Entwaffnung der Maoisten zu überwachen und die Waffen von Maoisten und RNA zu registrieren (vgl. Muni 2008b: 181).

Auch die anschließende politische Übergangsphase wurde von Indien beeinflusst. So erlaubte z. B. Indiens pragmatischer Ansatz, schon vor der kompletten Entwaffnung der Maoisten im Januar 2007 ein Interimsparlament und im März 2007 eine Interimsregierung mit maoistischer Beteiligung zu bilden (vgl. Muni 2008b: 185). Indien unterstützte zudem die am 10. April 2008 abgehaltenen Wahlen. Das Ergebnis der Wahlen (Stachoske 2008) stellte allerdings für Indien einen Schock dar: Niemand in Neu-Delhi hatte mit einem so deutlichen Sieg der CPN-M gerechnet. Die darauf folgenden historischen Veränderungen – vor allem die Erklärung Nepals zur föderalen demokratischen Republik während der ersten Sitzung der neu gewählten Verfassunggebenden Versammlung am 28. Mai 2008 – wurden von Indien offiziell begrüßt, von einem Teil des politischen Establishments allerdings mit Unbehagen beobachtet: Die Monarchie hatte schließlich jahrzehntelang ein Element der Kontinuität und Stabilität in Nepal dargestellt. Nach einigen Monaten maoistischer Regierung bleibt allerdings festzuhalten, dass sich die ehemaligen Rebellen aus indischer Sicht bisher als kooperativ und verantwortungsvoll erwiesen haben.

Malediven

Nach drei Jahrzehnten autokratischer Herrschaft wurde am 28. Oktober 2008 im zweiten Wahlgang der Präsident der Malediven, Maumoon Abdul Gayoom, abgewählt. Der am längsten amtierende Machthaber Asiens wurde durch den jungen Oppositionsführer Mohamed „Anni“ Nasheed ersetzt. Erst im Jahr 2005 waren auf den Malediven politische Parteien zugelassen worden, nachdem es 2003 zu heftigen Protesten gegen das Regime ge-

kommen war. Eine neue Verfassung, die Rede- und Versammlungsfreiheit garantiert, war 2007 von Gayoom ratifiziert und weitere Schritte zur Demokratisierung waren unternommen worden – u. a. die Bildung einer unabhängigen Wahlkommission und die Stärkung des Parlamentes. Der am 11. November 2008 vereidigte neue Präsident beabsichtigt, den demokratischen Reformprozess fortzuführen.

Indiens Beziehungen zu Gayoom waren besonders eng, nachdem Rajiv Gandhi 1988 militärisch interveniert hatte, um einen Putsch gegen Gayoom zu verhindern. Die geostrategische Bedeutung der Malediven, die an wichtigen Seerouten liegen und auch im Visier anderer Mächte, vor allem Chinas, stehen, brachte Indien lange Zeit dazu, so wenig wie möglich am Status quo zu rütteln und Gayooms Regime zu tolerieren. Dennoch ergab sich Mitte 2008 ein Wandel: Nicht nur eine Delegation der von Gayoom geführten *Dhivehi Rayyithunge Party* (DRP), sondern auch eine Delegation von Nasheeds Oppositionspartei *Maldivian Democratic Party* (MDP) reiste nach Neu-Delhi, um die Unterstützung des mächtigen Nachbarstaats zu bekommen. Dabei wurden zum ersten Mal Oppositionskräfte aus den Malediven auf hohem Niveau, in diesem Fall von Außenamtsstaatssekretär Shivshankar Menon, empfangen – laut Beobachtern ein Signal Indiens an Präsident Gayoom, Mehrparteiendemokratie zuzulassen (vgl. Malhotra 2008).

Indiens tatsächlicher Einfluss auf den Demokratisierungsprozess auf den Malediven ist schwer zu ermitteln. Dennoch kann Indien mit der Entwicklung auf den Malediven zufrieden sein – zumindest, so ein Kommentator, sei Neu-Delhi nun von der peinlichen Situation befreit, ein (weiteres) undemokratisches Regime zu unterstützen. Inwieweit die neue Regierung in Male die von Indien für die Nachbarstaaten erwünschte Stabilität garantieren kann, wird sich allerdings erst nach den für Februar 2009 angesetzten Parlamentswahlen zeigen.

Bhutan

Auch im Königreich Bhutan kam es 2008 zu bedeutsamen Veränderungen. Nachdem der König 2007 Parlamentswahlen anberaumt hatte, die zwischen Ende 2007 und Anfang 2008 stattfanden (vgl. Köllner 2008: 4), unterzeichnete er am 18. Juli 2008 eine neue Verfassung, durch die Bhutan formal zur konstitutionellen Monarchie wurde. Dieser Schritt war schon einige Jahre zuvor vorbereitet worden: Ende 2005 hatte König Jigme Singye Wangchuk verkündet, dass er 2008 im Alter von nur 51 Jahren zugunsten seines Sohnes Jigme Khesar Namgyel Wangchuk abdanken werde. Der Thronfolger übernahm allerdings schon im Dezember 2006 die Amtsgeschäfte und bemühte sich um die Demokratisierung des Landes. Das Interessante dabei ist, dass die demokratischen Reformen in Bhutan keineswegs aus einer Bewegung des Volkes – wie in Nepal – entstanden, sondern vom König dem Volk in gewisser Weise „oktroyiert" wurden. Es ist schwer zu sagen, was den König genau zu diesem Schritt führte, ob die Befürchtung, früher oder später wie Gyanendra in Nepal gestürzt zu werden, oder eher der Einfluss Indiens. Das strenge Wahlreglement und das Vorgehen der Wahlkommission beschränken allerdings die Repräsentativität der neuen Regierung: Für das Parlament können nur Bürger kandidieren, die einen Hochschulabschluss haben (und das sind in Bhutan insgesamt lediglich 3.000 Personen). Zudem schloss die Wahlkommission einen Kandidaten aus, der sich für die Rechte der Bhutaner nepalesischer Abstammung einsetzen wollte – ein klares Zeichen dafür, dass umstrittene Themen im Wahlkampf nicht erwünscht waren. Letztendlich standen nur zwei Parteien zur Wahl, die mit überwältigender Mehrheit von der *Druk Phuensum Tshogpa* (DPT), der Bhutan-Friedenspartei, gewonnen wurde – wahrscheinlich, weil diese der monarchietreuen Bevölkerung als dem König näherstehend erschien.

Bhutans Schritte zur Demokratisierung wurden von Indien insgesamt als sehr positiv bewertet. Bhutan ist von Indien allein schon aufgrund der geographischen Gegebenheiten nahezu vollständig abhängig. Im Friedens- und Freundschaftsvertrag von 1949 wurde zudem festgelegt, dass Bhutan sich „durch den Rat der indischen Regierung in seinen Außenbeziehungen führen lassen"[2] werde. Bei seiner ersten Auslandsreise, die im Februar 2007 nach Neu-Delhi führte, erzielte der Kronprinz einen diplomatischen Erfolg: Durch die Unterzeichnung eines neuen Freundschaftsvertrags mit Indien, der besagte Klausel nicht enthält, wurde Bhutans volle Souveränität in außenpolitischen Angelegenheiten anerkannt.

2 Vgl. Treaty of Perpetual Peace and Friendship Between the Government of India and the Government of Bhutan, 8 August 1949, Art. II, verfügbar unter http://meaindia.nic.in/ [Zugriff am 07.01.2009], Übersetzung: S. D.

Es ist schwer zu sagen, wie groß Indiens Einfluss auf die Durchführung demokratischer Reformen in Bhutan war. Angesichts der Abhängigkeit Bhutans von Indien kann die Einleitung des Reformprozesses auch als kluger außenpolitischer Schritt des kleinen Landes bewertet werden, das sich durch demokratische Reformen die lange geforderte außenpolitische Eigenständigkeit als „Belohnung" sichern konnte.

Pakistan

Nach den Parlamentswahlen am 18. Februar 2008 kehrte Pakistan im März 2008 zu einer zivilen Regierung zurück (vgl. Köllner 2008). Der PPP-Politiker Yousaf Raza Gilani wurde als neuer Regierungschef vereidigt. Der wachsende innenpolitische Druck und insbesondere das Vorhaben der neuen Regierung, ein Amtsenthebungsverfahren in die Wege zu leiten, zwangen Präsident Musharraf, am 18. August 2008 zurückzutreten. Am 6. September 2008 wurde Asif Ali Zardari, Witwer der ermordeten Benazir Bhutto, zum Präsidenten gewählt.

Nach den Parlamentswahlen äußerte sich Indiens Regierung positiv über die Rückkehr Pakistans auf den Weg zur Demokratie und forderte die neue Führung des Landes auf, am *composite dialogue*, dem 2004 begonnenen Dialogprozess mit Indien, festzuhalten (vgl. Wojczewski 2009). Genauso wie in der Vergangenheit (vgl. Wagner 2008a: 9-18) hatte Indien auch in diesem Fall keinen Spielraum zur Verfügung, um auf den Demokratisierungsprozess in Pakistan Einfluss auszuüben. Die Wiedereinführung eines demokratischen Systems brachte vorübergehend eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu Indien mit sich: Präsident Zardari wandte sich von einigen traditionellen Positionen ab, indem er u. a. erklärte, Indien sei nie eine Bedrohung für Pakistan gewesen, und bezeichnete die militanten Separatisten Kaschmirs als Terroristen. Diese Annäherung fand allerdings mit den Terroranschlägen auf die indische Botschaft in Kabul im Juli 2008 und vor allem mit den Anschlägen von Mumbai im November 2008 ein schnelles Ende. Als sich die Nachricht verbreitete, die Attentate von Mumbai seien von der in Pakistan niedergelassenen Terrorgruppe *Lashkar-e-Toiba* durchgeführt worden, war Indiens Reaktion relativ zurückhaltend – vor allem im Vergleich zu den Spannungen, die 2001 nach einem Anschlag auf das indische Parlament entstanden waren und die die beiden Länder erneut an den Rand des Krieges geführt hatten. Dies lässt sich laut Beobachtern u. a. damit erklären, dass Indien nicht daran interessiert sein kann, die zivile Regierung Pakistans zu untergraben. Die neue Regierung ist beängstigend fragil, da ständig eine erneute Machtübernahme durch das Militär droht. Auch der mächtige Geheimdienst *Inter-Services Intelligence* (ISI) operiert weitgehend selbstständig und hat bereits demonstriert, dass er durchaus in der Lage ist, sich dem Willen des Präsidenten zu entziehen (vgl. Wagner 2008b). Demgegenüber betonen indische Beobachter, die neue Regierung sei unter vielen Gesichtspunkten für Indien ein schlechterer Gegenpart als Musharraf: Zum einen sei Pakistans Wille nach einer „großen Versöhnung" eher rhetorisch und durch eine gleichzeitige Verschärfung der pakistanischen Position zu Kaschmir geprägt, zum anderen habe die neue Armeeführung einen laxen Umgang mit Taliban und islamistischen Extremisten bewiesen, der die Stabilität des Landes und die Sicherheit Indiens weiter gefährde (vgl. Muni 2008a).

Bangladesch

Die am 29. Dezember 2008 in Bangladesch abgehaltenen Wahlen bedeuten, nach zwei Jahren Übergangsregierung, eine Rückkehr zur Demokratie – allerdings ohne dass man von einem radikalen Wandel sprechen könnte. Für die Wahl kandidierten die zwei Politikerinnen, die das politische Leben Bangladeschs in den vergangenen 16 Jahren prägten: Sheikh Hasina Wajed, Vorsitzende der säkularen, eher linken *Awami League* (AL) und Tochter des Staatsgründers und ersten Präsidenten Bangladeschs Sheikh Mujibur Rahman, und Khaleda Zia, Vorsitzende der *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) und Witwe des ermordeten Generals und Staatspräsidenten Ziaur Rahman. Beide Politikerinnen wechselten sich in den Jahren zwischen 1991 und 2007 als Premierministerinnen ab, bis das Militär intervenierte, um der Korruption und Instabilität ein Ende zu setzen. Obwohl beide Politikerinnen wegen Korruption inhaftiert worden waren, kandidierten sie im vergangenen Dezember erneut. Der eindeutige Wahlsieg von Sheikh Hasinas *Awami League* mit 230 von 299 Parlamentssitzen – gegenüber den lediglich 29 von der BNP errungenen Mandaten – ist für Indien in vielerlei Hinsicht willkommen.

Obwohl AL und BNP sich seit jeher gegenseitig als indienfreundlich beschimpfen und jede Annäherung Bangladeschs an den größeren Nachbarn als einen Ausverkauf nationaler Interessen kritisieren, hat die *Awami League* schon immer die besseren Beziehungen zu Indien gehabt. Hinzu kommt, dass Khaleda Zia ihren Wahlkampf mit religiösen Parolen wie „Rettet den Islam, rettet das Vaterland!" geführt hatte und ihre eindeutige Niederlage somit sowohl eine Ablehnung fundamentalistischer Tendenzen darstellt als auch die verbreitete Unzufriedenheit darüber anzeigt, dass während ihrer Regierungszeit die Zahl der in Bangladesch operierenden Terrorgruppen angestiegen war. Gleichzeitig wird diese Ablehnung durch die Wahlergebnisse der bedeutendsten Partnerpartei der BNP, der radikalen *Jamaat-e-Islami*, bestätigt, die nur zwei Sitze gewann (im Vergleich zu den 17 bei der Wahl 2001 errungenen Mandaten). Diese Entwicklung ist für Indien, das selbst unter dem islamistischen Terrorismus zu leiden hat, durchaus erfreulich. Hinzu kommt, dass Neu-Delhi seit Jahren versucht, Druck auf Dhaka auszuüben, damit die Ausbildungslager islamistischer Terrorgruppen auf Bangladeschs Territorium zerstört werden und die Infiltration von Terroristen durch die poröse Grenze zu Indien unterbunden wird. Die Tatsache, dass die AL einen so eindeutigen Sieg erreichen konnte, weckt in Neu-Delhi die Hoffnung, dass sich die neue Regierung der indienfeindlichen Opposition gegenüber behaupten und mit Indien kooperieren werde. Von besonderem Interesse sind für Indien der – bisher verweigerte – Transit durch Bangladesch zu den entlegenen nordöstlichen indischen Bundesstaaten und die Gasimporte aus Bangladesch (vgl. Gupta/Behuria 2009).

Ob die jüngsten politischen Entwicklungen in Bangladesch allerdings zu größerer Stabilität und verbesserter Governance führen werden, bleibt abzuwarten. Bangladeschs von Gewalt geprägte politische Kultur und das oft verantwortungslose Verhalten der lokalen politischen Eliten könnten das Land sehr schnell erneut ins Chaos stürzen. Indien kann allerdings wenig unternehmen, um die Lage in Bangladesch zu stabilisieren. In den kommenden Monaten wird sich zeigen, inwieweit die neue Regierung verantwortungsvoller mit den politischen Spannungen innerhalb Bangladeschs und mit den schwierigen Beziehungen zu Indien umgehen wird.

3. Fazit

Aus indischer Perspektive stellen die demokratischen Reformen in vielen Nachbarstaaten in Südasien eine positive Entwicklung dar. Im Falle Nepals spielte Indien eine bedeutende Rolle im Demokratisierungsprozess, war schließlich aber selbst von den Ergebnissen überrascht. In Bhutan und auf den Malediven hat Indien seinen Einfluss ebenfalls ausgeübt, allerdings indirekt. In Pakistan und Bangladesch haben, genau wie in der Vergangenheit, die bestehenden Spannungen und Rivalitäten Indien daran gehindert, die politische Lage zu beeinflussen. Dass der demokratische Wandel in den genannten Nachbarstaaten allerdings zu einer größeren Stabilität in der Region führen wird, ist zu bezweifeln. Vor allem in Indiens zwei problematischsten Nachbarstaaten, Pakistan und Bangladesch, sind die Aussichten nicht rosig. Die Schwäche der pakistanischen Zivilregierung und die Rückkehr der politischen Persönlichkeiten, die Bangladesch vor wenigen Jahren in Chaos und Korruption stürzten, deuten darauf hin, dass Indien es in diesen Ländern auch in Zukunft mit „Problemfällen" zu tun haben wird.

Insgesamt fällt die Bilanz zu Indiens Möglichkeiten des Einflusses auf die Nachbarstaaten gemischt aus. Indien erscheint nur begrenzt in der Lage, seine geographische, demographische, wirtschaftliche und militärische Überlegenheit in der Region in eine Führungsrolle in Südasien zu konvertieren. „Leadership" impliziert die Beeinflussung anderer Akteure, um gemeinsame Ziele zu verfolgen, oder die Übernahme einer Führungs- oder Koordinierungsfunktion, um diese gemeinsamen Ziele zu verwirklichen. Den Staaten Südasiens fällt es allerdings schwer, gemeinsame Ziele zu identifizieren und zu verfolgen. Die tief verwurzelten, auf die Zeit der Teilung Britisch-Indiens 1947 zurückgehenden Spannungen und Rivalitäten untergraben jeglichen Versuch Indiens, eine Führungsrolle in Südasien zu spielen. Aber Indien hat nicht nur Schwierigkeiten, als Leader Südasiens zu handeln. Auch eine effektive Hegemonie in der Region ist schwierig zu bewerkstelligen. Wenn Hegemonie darin besteht, seinen Willen durchzusetzen und eine bestimmte, den eigenen Interessen entsprechende Ordnungsvorstellung zu verbreiten, ohne auf militärische Gewalt zu rekurrieren, dann sind Indiens hegemoniale Bestrebungen nur begrenzt von Erfolg gekrönt. Die Region Südasien ist noch weit davon

entfernt, Indien ein stabiles Umfeld für den eigenen Aufstieg zur Weltmacht zu bieten.

Literatur

Gupta, Arvind / Behuria, Ashok K. (2009): A season of change, in: indianexpress.com, 06.01.2009, www.indianexpress.com/news/a-season-of-change/407138/2 [Zugriff am 06.01.2009].

Köllner, Patrick (2008): Autoritäre Regime in Asien: Allgemeine Trends und jüngere Entwicklungen, GIGA Focus Asien, Nr. 12.

Malhotra, Jyoti (2008): Maldives opposition lobbies India's support for democracy, in: The Wall Street Journal livemint.com, 22.07.2008, www.livemint.com/2008/07/22002836/Maldives-opposition-lobbies-In.html [Zugriff am 06.01.2009].

Muni, S. D. (2008a): India-Pakistan Composite Dialogue: Towards a „Grand Reconciliation"?, ISAS Brief, Nr. 67.

Muni, S. D. (2008b): Restructuring of the State in Nepal: The External Dimension, in: Baral, Lok Raj (Hg.): Nepal: New Frontiers of Restructuring of State, New Delhi: Adroit, S. 166-196.

Stachoske, Bianca (2005): Die bilateralen Beziehungen zwischen Indien und Nepal nach dem „königlichen Staatsstreich", in: Schucher, Günter/Wagner, Christian (Hg.): Indien 2005. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 115-139.

Stachoske, Bianca (2008): Der König packt die Koffer – Wohin steuert Nepal?, GIGA Focus Asien, Nr. 6.

Wagner, Christian (2008a): Der Einfluss Indiens auf Regierungsstrukturen in Pakistan und Bangladesch, DIE Discussion Paper, Nr. 12.

Wagner, Christian (2008b): Die Falle von Mumbai, SWP Aktuell, Nr. 86.

Wojczewski, Thorsten (2009): Die Persistenz des indisch-pakistanischen Konfliktes. Chancen und Hindernisse des bilateralen Dialogs, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung, IPW Universität Hamburg, Arbeitspapier, Nr. 1 (im Erscheinen).

Die Autorin

Sandra Destradi M.A. ist Politikwissenschaftlerin und Doktorandin an der Universität Hamburg und am GIGA. Sie ist Mitglied im *Regional Powers Network* (RPN).

E-Mail: destradi@giga-hamburg.de, Website: http://staff.giga-hamburg.de/destradi.

GIGA-Forschung zum Thema

Das *Regional Powers Network* (RPN) erforscht den Aufstieg regionaler Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten; es befasst sich schwerpunktmäßig mit Interessen, Ressourcen und Strategien von Regionalmächten. Das RPN wird im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation finanziert (2008-2010). Weitere Informationen unter: www.giga-hamburg.de/rpn.

GIGA-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2008): Schwerpunktverschiebung nach Asien? China und Indien als aufstrebende Großmächte, in: Peripherie, Nr. 111, S. 280-300.

Betz, Joachim (2008): Weltwirtschaftsmacht Indien? Fördernde und hemmende Faktoren nachhaltiger wirtschaftlicher Dynamisierung, in: Politische Bildung, Nr. 1, S. 60-75.

Destradi, Sandra (2008): Empire, Hegemony, and Leadership: Developing a Research Framework for the Study of Regional Powers, GIGA Working Paper, Nr. 79.

Nolte, Detlef (2006): Macht und Machthierarchien in den internationalen Beziehungen: Ein Analysekonzept für die Forschung über regionale Führungsmächte, GIGA Working Paper, Nr. 29.

Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Günter Schucher; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Vera Rathje
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien